



Protokoll der 30. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. November 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Ott Anna

Abwesend: Ratsmitglieder Mundschin Patrick (CVP/EVP/GLP) und Porchet Pascal (FDP)

Traktanden

Laufnummer

- Traktandenliste:
://: *Das Geschäft bzw. die Interpellation „Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel“ wird von der Traktandenliste abgesetzt.* 2015/209
1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen 2015/210
://: *Wahl von Dominic Odermatt (FDP) als GPK-Ersatzmitglied und von Daniela Reichenstein (FDP) als SBK-Mitglied.*
 2. Waldbaulinienplan Nr. 26 und Mutation Zonenplan Siedlung im Gebiet Weiermatt 2015/211
Das Geschäft wird in einer 1. Lesung beraten.
 3. Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse 2015/212
://: *Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die BPK zur Vorberatung überwiesen.*
 4. Waldenburgerbahn AG, Aktienverkauf 2015/213
://: *Dem Verkauf der 2'834 Waldenburgerbahn-Aktien zum Preis von insgesamt CHF 337'017.- an die BLT wird einstimmig zugestimmt.*
 5. Quartierpläne Aurisa und Osbo - Interpellation „Es tut sich was im Gebiet Ergolz/Orisbach - aber wann und wie?“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/207
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 6. Personalgesetzgebung - Interpellation „Sinnvolle Abhängigkeit von der kantonalen Personalgesetzgebung?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion 2015/208
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 7. Fragestunde -
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 8 Fragen beantwortet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur zweitletzten Sitzung im ersten Semester des Amtsjahres 2015/2016.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Ganz speziell darf heute Frau Daniela Reichenstein (FDP) als neues Ratsmitglied zu ihrer ersten Ratssitzung begrüsst und willkommen geheissen werden.
Werner Fischer (FDP) stellt das neue Ratsmitglied kurz vor: Die neue Fraktionskollegin hat die kaufmännische Ausbildung mit Berufsmaturität abgeschlossen und arbeitet heute als Personalchefin in der Manor AG in Möhlin. Vorher war sie beim Kanton tätig. Seit vielen Jahren ist sie schon FDP-Vorstandsmitglied und kennt das politische Business recht gut. Ihr wird eine erfolgreiche und schöne Zeit im Einwohnerrat gewünscht.
- Die Genehmigung des Protokolles vom 28.10.2015 kann erst auf die Dezember-Sitzung traktandiert werden, da der Versand für die heutige Sitzung bereits in der Folgewoche der letzten Ratssitzung erfolgte und das Protokoll nicht fertig verfasst werden konnte.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich den Freitagabend vom 20. Mai 2016 für den Einwohnerratsausflug zu reservieren, welcher von Vizepräsident Beat Gränicher (SVP) organisiert wird. Die Einladungen mit dem Detailprogramm werden im Januar 2016 verschickt.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Neue Vorstösse Nr. 2015/214 - Nr. 2015/218

Neue persönliche Vorstösse

- Streusalz - Postulat „Reduktion Streusalz“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/214)
- Jugendzentrum - Interpellation zum Jugendzentrum „Joy“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2015/215)
- Werkhof - Postulat „Werkhof - Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde?“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/216)
- Sozialhilfekosten - Interpellation zu den Sozialhilfekosten von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2015/217)
- Ferienbetreuung - Interpellation zur Ferienbetreuung von Walter Leimgruber und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2015/218)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Karin Jeitziner (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Von den Stadtratsmitgliedern werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt die Frage, ob bezüglich der Traktandenliste für die heutige Sitzung Änderungen beantragt werden.

Stadtrat Franz Kaufmann beantragt, dass die Interpellation betreffend „Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel“ von Anna Ott namens der Grünen Fraktion von der heutigen Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Sitzung neu traktandiert wird. Die Fragen der Interpellation sind relativ komplex und für die Beantwortung sind noch nicht alle Daten verfügbar.

Lisette Kaufmann (GL) informiert darüber, dass sich die Interpellation für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste und sich die Grüne Fraktion mit dem stadträtlichen Antrag einverstanden erklären kann.

://: Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu, weshalb die Interpellation „Schleifenbergtunnel“ (Nr. 2015/209) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 09. Dezember 2015 neu traktandiert wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass betreffend der Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste der heutigen Sitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 04. November 2015 und der beschlossenen Änderung verabschiedet.

319 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2015/210)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden mit grossem Mehr bei zwei Enthaltungen folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Odermatt Dominic (FDP) anstelle von Sutter Sabine (FDP) als GPK-Ersatzmitglied

Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

- Reichenstein Daniela (FDP) anstelle von Porchet Pascal (FDP) als Mitglied

320 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Waldbaulinienplan Nr. 26 und Mutation Zonenplan Siedlung im Gebiet Weiermatt (Nr. 2015/211)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat eine Direktberatung der Vorlage in 2 Lesungen vor. Nach der heutigen ersten Lesung würde die zweite Lesung bereits auf die nächste Sitzung vom 09. Dezember 2015 traktandiert.

Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich der Rat stillschweigend mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden erklären kann.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, ihre Fraktion ist der Meinung, dass die Hochhecke nicht die gleiche Schutzwürdigkeit wie Wald habe, obwohl diese als Wald taxiert ist. Der beantragte Abstand sowie die stadträtlichen Anträge kann man befürworten. Man freut sich auf die Firma Penta-Electric AG mit zusätzlichen Arbeitskräften und wünscht der Firma viel Glück und Erfolg in Liestal.

Fabian Eisenring (SP) informiert, auch die SP-Fraktion begrüsse den Firmenzug und meint, dass eine bessere Nutzung der beanspruchten Parzelle durchaus Sinn macht. Eine Direktberatung der Vorlage wird begrüsst.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf das Votum des Vorredners und möchte wissen, ob man sich nun bezüglich der Direktberatung der Vorlage oder dem Inhalt derselben äussern kann.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass die Direktberatung unbestritten war und man sich nun zum Inhalt der Vorlage äussern kann.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, die Firma Penta-Electric AG möchte 115 Vollzeitstellen nach Liestal bringen. Die Parzelle 4038 grenzt an eine Hochhecke, was rechtlich als Wald ausgewiesen ist. Die Anpassungen des Zonenplanes sowie des Waldbaulinienplanes sind geringfügig. Die vom Kanton angestrebte Wirtschaftsförderung in Liestal kann mit dem Firmenzug umgesetzt werden. Die Bemühungen des Stadtrates, neue und hochqualifizierte Arbeitsplätze nach Liestal bringen zu können, tragen Früchte. Und so darf man hoffen, dass einige Arbeiterinnen und Arbeiter ebenfalls ihren Wohnsitz nach Liestal verlegen werden. Die Grüne Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen einstimmig zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) führt aus, die Vorlage sei auch in der FDP-Fraktion unbestritten und man freue sich ebenfalls über den geplanten Firmenzug und die neu geschaffenen Arbeitsplätze in Liestal. Man wird den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zustimmen. Auch befürworte man die Direktberatung dieser Vorlage in zwei Lesungen.

Markus Rudin (SVP) kann sich den Vorrednern anschliessen und darüber informieren, dass auch seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates zustimmen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die gute Aufnahme der Vorlage im Rat und stellt fest, dass sich die minimalen zonenrechtlichen Anpassungen sicher vertreten lassen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Nach der Beratung des Geschäftes in der 1. Lesung wird die 2. Lesung inklusive Beschlussfassung auf die nächste Ratssitzung vom 09. Dezember 2015 traktandiert.

321 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse (Nr. 2015/212)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor.

Fabian Eisenring (SP) orientiert, seine Fraktion befürworte die Vorberatung der Vorlage durch die BPK und möchte für die Kommissionsberatung mitgeben, dass man insbesondere auch betreffend der Verkehrssituation ein besonderes Augenmerk habe.

Max Schäublin (FDP) informiert, die FDP-Fraktion stimme einer Überweisung an die BPK ebenfalls zu. Betreffend der Verkehrsplanung im betreffenden Gebiet sind die Anwohner bereits im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens informiert worden. Die Bebauung selber ist für die Quartierbewohner grundsätzlich kein Problem, doch die Erschliessung über die obere schmale Sichertnerstrasse und die verwinkelte sowie schmale Dornacherstrasse muss sehr gut überlegt werden. Und so wird auch an der Aussage im Mitwirkungsbericht gezweifelt, dass rund 70 % des Verkehrs über die Talacher-/Tiergartenstrasse und rund 30 % über die Dornacherstrasse abgewickelt wird. Die Überbauung wird logischerweise auch Mehrverkehr mit sich bringen, womit der Verkehrserschliessung unbedingt die gebührende Beachtung zu schenken ist.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch die Mittefraktion befürworte ein Vorberatung durch die BPK, damit man sich in der Kommissionsberatung auch mit der verkehrstechnischen Erschliessung befassen kann.

Markus Rudin (SVP) unterstreicht die Voten der Vorredner betreffend dem Verkehr im betreffenden Gebiet und informiert darüber, dass die SVP-Fraktion der Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK zustimmen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, auch seine Fraktion unterstütze den Antrag für eine Vorberatung durch die BPK. Begrüsst wird auch das Energiekonzept, mit welchem eine mögliche Warmwasseraufbereitung mit Sonnenenergie in Aussicht gestellt wird. Mit einem Ortsbus für das Sichertnerquartier, würde das Verkehrsproblem geringer werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2015/212 des Stadtrates an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

322 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Waldenburgerbahn AG, Aktienverkauf (Nr. 2015/213)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, es handle sich hier um ein rein formelles Geschäft und Diskussionen betreffend der Spurenbreite, dem Dampfbetrieb der Waldenburgerbahn usw. nicht heute geführt werden sollten. Am 17. April 2015 hatte der Regierungsrat die Eigentümerstrategie der Waldenburgerbahn AG neu definiert und die Integration in die BLT beschlossen. Die Aktien sind zu 98 % im Besitz der öffentlichen Hand und so hat auch die Stadt Liestal als drittgrösste Aktionärin dem Aktienverkauf zuzustimmen. Die Mittefraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Peter Küng (SP) hält fest, auch die SP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Roman Schmied (GL) bemerkt, auch seine Fraktion stimmt dem Aktienverkauf zu.

Denise Meyer (SVP) gibt bekannt, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Werner Fischer (FDP) betont, es handle sich hier um eine reine Finanzvorlage und auch seine Fraktion wird dem Aktienverkauf zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die positiven Rückmeldungen aus dem Rat und informiert darüber, dass auch der Stadtrat der Meinung ist, dass die Waldenburgerbahn weiterhin auf der Schiene bleiben sollte und nicht durch Busse ersetzt werden soll.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf der 2'834 Aktien der Waldenburgerbahn AG zu CHF 130.--/1.30 pro Aktie, insgesamt CHF 337'017.-- an die BLT Baselland Transport AG einstimmig zu.

323 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierpläne Aurisa und Osbo - Interpellation „Es tut sich was im Gebiet Ergolz/Orisbach - aber wann und wie?“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/207)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 23. Oktober 2015

Interpellation

Es tut sich was im Gebiet Ergolz / Orisbach – aber wann und wie?

Seit weit über einem Jahrzehnt liegt das Konrad-Peter-Areal brach. Vis-a-vis, auf der anderen Seiten des Orisbachs, stehen die Gebäude der ehemaligen Schuhfabrik Osbo zwar noch, werden aber ebenfalls schon sehr lange nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck entsprechend genutzt.

Mit den Quartierplänen Aurisa (ehem. Konrad-Peter-Areal) und Osbo (ehem. Osbo-Areal) planen Stadt und Private gemeinsam die Erstellung moderner multifunktionaler Wohn- und Geschäftsüberbauungen in verdichteter und doch lebenswerter Bauweise. Zudem sollen die Uferschutzzonen erweitert werden und der Orisbach renaturiert werden. All dies tönt sehr verlockend und ist begrüssenswert. Und doch ist es noch ruhig um diese Projekte – zu ruhig?

Neue Läden und Wohnraum für viele hundert Menschen bringen mehr Verkehr (nebst den QP Osbo und Aurisa befinden sich in unmittelbarer Nähe auch die bereits beschlossenen und mehrheitlich im Bau befindlichen QP Gstadig, Ziegelhof, Grienmatt und Weierweg). All diese Quartierpläne gehen von der Realisierung des neuen Zentrumsanschlusses der A22 und der Umsetzung des QP Ziegelhofs aus – aus heutiger Sicht ist aber sehr fraglich, ob eines der beiden Projekte tatsächlich je wie geplant gebaut werden wird. Sind die QP Osbo und Aurisa damit schon wieder in Gefahr? Droht der ungelöste Zustand auf Jahre hinaus weiter zu gehen? Und droht Liestal im Verkehr zu ersticken?

Ich ersuche den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es korrekt, dass sich die QP Aurisa und Osbo seit Anfang resp. Mitte dieses Jahres im kantonalen Vorprüfungsverfahren befinden?
2. Wann kann frühestens (im Optimalfall) mit einer Beschlussfassung im Einwohnerrat resp. mit einem Baubeginn gerechnet werden?
3. Haben die allfällige Nichtrealisierung der benachbarten QP Ziegelhof und des Zentrumsanschlusses Auswirkungen auf die QP Aurisa und Osbo? Wenn ja welche?
4. Ist geprüft worden oder wird noch geprüft, wie die bereits jetzt sehr angespannte Verkehrssituation im Bereich Rebgasse/Weierweg/Gasstrasse verbessert werden kann, so dass – wenn der Zentrumsanschluss A22 nicht gebaut werden wird – diesem Gebiet nach Realisierung der QP Grienmatt, QP Gstadig, QP Weierweg, QP Osbo und QP Aurisa nicht der regelmässige Kollaps droht?
5. Ist für die auf dem Konrad-Peter-Areal aufzuhebenden Parkplätze Realersatz geplant. Wenn ja wo, wenn nein warum nicht?

Herzlichen Dank.

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, das Osbo-Areal werde nach der Schliessung der Schuhfabrik nach wie vor von Handwerker- und Kleinbetrieben genutzt. Das dortige Haupt-Fabrikgebäude bleibt bestehen und wird in die Überbauung integriert. Bei Quartierplanungen sind es Private, welche planen und realisieren, die Stadt begleitet die Planungen lediglich. Die Fragen des Interpellanten kann er wie folgt beantworten:

Zur Frage 1: Der QP Aurisa ist seit Juli und der QP Osbo seit Oktober in der kantonalen Vorprüfung. Der Lead liegt diesbezüglich bei den Planungsbüros.

Zur Frage 2: Man kann davon ausgehen, dass beide QP's im ersten Semester 2016 dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden können. Diese dürften bis Ende 2016 rechtskräftig sein und es kann mit einem Baubeginn Mitte 2017 gerechnet werden.

Zur Frage 3: Die Situation betreffend dem QP Ziegelhof hatte sich ja letzte Woche geklärt und es dürfte keine Auswirkungen für die beiden QP's Osbo und Aurisa zur Folge haben. Bei allen QP's im betreffenden Gebiet sind Verkehrsgutachten erstellt worden und diese sollten mit und ohne Zentrumsanschluss funktionieren. Im Zusammenhang mit der Sanierung der A22 wird der Zentrumsanschluss mitgeplant, weshalb man die nötigen Flächen für die Auffahrten und auch Abfahrten zur Umfahrungsstrasse frei halten wird, wovon insbesondere der QP Aurisa stark betroffen ist.

Zur Frage 4: Gemäss den bereits erwähnten Verkehrsgutachten sollte es zu keinem Kollaps kommen. Andere Engpässe wie beispielsweise der Schauenburger-Kreisel bereiten ihm hingegen mehr Sorge.

Zur Frage 5: Das Areal wird von der Stadt seit 1998 gemietet, verfügt über 260 Parkplätze und seitens Stadt können keine Ersatzparkplätze angeboten werden. 90 Prozent dieser Parkplätze werden von Dauermietern des Kantons und des Kantonsspitals genutzt. Hingegen sollen ja beim Parkhaus des QP Mühlematt rund 290 Parkplätze realisiert werden. Der Stadtrat sieht sich nicht in der Pflicht, im erwähnten Gebiet Ersatzparkplätze zu beschaffen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt als Interpellant, er sei teilweise zufrieden mit den Antworten und wünsche die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die Ausführungen des Stadtrates. Er ist nicht ganz glücklich über den Anschluss von Liestal Nord mit seinen verschiedenen neuen Quartieren an das Stedtli. Für den Automobilverkehr wird es der Zentrumsanschluss und für den Personenverkehr wird es der QP Ziegelhof sein, welcher nun definitiv nicht so realisiert wird, wie er geplant und als QP bewilligt wurde.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/207.

324 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Personalgesetzgebung - Interpellation „Sinnvolle Abhängigkeit von der kantonalen Personalgesetzgebung?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/208)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat
Daniel Spinnler
FDP Fraktion

Liestal, 26.10.2015

Interpellation

Sinnvolle Abhängigkeit von der kantonalen Personalgesetzgebung?

Bekanntlich hat der Landrat vergangenen Donnerstag (22.10.2015) eine 1%-Lohnsenkung beim Kantonspersonal beschlossen. Davon ist auch das Personal der Stadt Liestal betroffen, weil das Personalreglement an die Lohn Tabelle des Kantons gekoppelt ist.

Es fragt sich, ob es wirklich von Vorteil ist, dass die Stadt Liestal in guten wie auch in schlechten Zeiten mit dem Kanton mitzieht und dadurch Spielraum aufgibt. Oder ob es nicht mehr Sinn macht, eine selbständige Personalpolitik zu fahren. Gerade hier verfügt die Stadt Liestal über eine sehr hohe Autonomie (mit Ausnahme der Lehrpersonen). Durch die Abkoppelung des Personalreglements vom Kanton würde die Stadt Liestal Flexibilität gewinnen und könnte weitere gute Köpfe nach Liestal holen (bspw. auch vom Kanton). Das zahlt sich mehrfach aus.

Als Diskussionsgrundlage bitte ich daher den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen (ggf. schriftlich):

1. Welche Gemeinden haben sich bereits vom Kanton abgekoppelt? Welche Erfahrungen haben die grösseren Gemeinden damit gemacht?
2. Welches wären die Vorteile einer Abkoppelung des Lohnsystems vom Kanton? Welches wären Nachteile?
3. Weshalb benötigt eine Verwaltung mit ca. 90 Vollzeitäquivalenten ein System mit 20 Lohnklassen (LK 7-27 gemäss Kanton)?
4. Welches wären Vorteile der Abschaffung eines „quasi-automatischen“ Anstiegs¹ der Erfahrungsstufen? Welches wären Nachteile?
5. Welche Alternativen gäbe es (statt sich lediglich am Dienstalter zu orientieren)?
6. Inwiefern wäre es möglich, die öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnisse in Anstellungsverhältnisse gemäss OR umzuwandeln?
7. Welches wären Vor-/Nachteile einer Überführung in Arbeitsverhältnisse gemäss OR?
8. Welches Fazit zieht der Stadtrat bzgl. «Abnabelung» vom Kanton?

Namens der FDP-Fraktion:

Daniel Spinnler

Hanspeter Stoll
SP Fraktion

¹ Es zeigt sich in der Entwicklung der Personalaufwände, dass die Erfahrungsstufenanstiege praktisch immer gewährt werden.

Stadtpräsident Lukas Ott hält einleitend fest, dass im Gleichschritt mit dem Kanton die sogenannte Beamtung vor rund 20 Jahren ad acta gelegt wurde und das öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnis wurde eingeführt. Der Staat und das Gemeinwesen unterliegen als Arbeitgeberin weiterhin den Verfassungsgrundsätzen wie beispielsweise das Willkürverbot, das Rechtsgleichheitsgebot, das rechtliche Gehör, das Verhältnismässigkeitsprinzip usw. Das Gemeindegesetz schreibt verbindlich vor, dass die Gemeinden ihre Angestellten grundsätzlich öffentlich-rechtlich anzustellen haben und ein privatrechtlicher Arbeitsvertrag nur in besonderen Fällen abgeschlossen werden kann. In der Stadt Liestal wird eine privatrechtliche Anstellung zugelassen, wenn es beispielsweise um ein befristetes Arbeitsverhältnis geht. Der öffentliche Dienst kann als Branche angeschaut werden und so ist es auch naheliegend, dass sich die Gemeinden am Personalrecht des Kantons orientieren, jedoch kennt man keinen Automatismus und Nachvollzug. Damit ist ein branchenübliches Verhalten als Arbeitgeberin möglich, damit man konkurrenzfähig bleibt und für die Arbeitnehmer auch verlässlich ist. Innerhalb des Rahmens, welcher vom Kanton vorgegeben wird, ist aber die Stadt Liestal frei, eigene reglementarische Bestimmungen und Regelungen zu erlassen. Bereits an der letzten Ratssitzung vom 28. Oktober 2015 hatte er betreffend der vorgesehenen Lohnkürzung des Kantons von 1 % darauf hingewiesen, dass man keinen Automatismus kenne und der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Einwohnerrat diese Lohnkürzung im Budget 2016 nicht veranschlagt habe.

Zur Frage 1: Es liegt keine abschliessende Übersicht aller 86 Gemeinden vor. Es gibt Gemeinden, welche sich automatisch an das kantonale Personalrecht anlehnen und dann gibt es Gemeinden, die sich nur im Wesentlichen an dieses anlehnen. Es dürfte rund 10 Gemeinden geben, die keinen Automatismus kennen und dazu gehört auch Liestal.

Zur Frage 2: Ein wesentlicher Vorteil dürfte sein, dass man insbesondere auf dem Arbeitsmarkt eine grössere Flexibilität haben dürfte. Bei einer Abkoppelung vom Kanton würde beispielsweise auch der Kündigungsschutz weniger weit gehen. Der Nachteil liegt darin, dass man gleichwohl ein eigenes Lohnsystem schaffen müsste.

Zur Frage 3: Die Stadt orientiert sich an den kantonalen Funktionen, wobei man in den Lohnklassen 21 - 26 des Kantons gar keine Einreihungen vornimmt.

Zur Frage 4: Die Erfahrungsstufen-Anstiege sind ein Teil des Lohnsystems und ein Lohnbestandteil, wobei diese ja auch plafoniert sind und nicht ins Unermessliche ansteigen. Damit kann auch der Erfahrungsgewinn der Mitarbeitenden abgegolten werden. Die Einreihung neuer Angestellter gibt bei der Anstellung eine gewisse Flexibilität, ist das Lohnklassensystem relativ starr, doch mit den Erfahrungsstufen kann situativ dennoch auf den Arbeitsmarkt reagiert werden.

Zur Frage 5: Es ist ja nicht das Dienstalder, sondern die Erfahrung, die mit der Erfahrungsstufe abgegolten wird. Ein doppelter Anstieg bei überdurchschnittlichem Leistungszuwachs ist genauso möglich wie ein Anhalten bei ungenügenden Leistungen.

Zur Frage 6: Wie bereits eingangs erwähnt, ist gemäss Gemeindegesetz der Spielraum mit möglichen Anpassungen des Personalreglementes äusserst gering.

Wichtig ist doch, dass man versuchen sollte, aufgrund der personalrechtlichen Bestimmungen ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Eine Anlehnung an ein bewährtes Lohnsystem macht Sinn, statt selber etwas zu generieren, um eine öffentlich-rechtliche Anstellung innerhalb den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zu ermöglichen. Es ist aber wichtig, dass ein gewisser Grad der Gemeindeautonomie bewahrt werden kann.

Daniel Spinnler (FDP) sagt als Interpellant, dass er die Diskussion wünsche.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Interpellant für die stadrätlichen Antworten zu seinen Fragen. In der FIKO ist vom Stadtrat immer wieder gesagt worden, dass man betreffend der Personalgesetzgebung, dem Teuerungsausgleich usw. fix an den Kanton angebunden sei und so sei er doch über die heutige Klärung durch den Stadtrat sehr froh. Ihm ging es grundsätzlich auch nicht darum, ob nun die Angestellten der Stadt nun privatrechtlich oder öffentlichrechtlich angestellt werden, sondern dass man hier im Rat einmal eine kurze Debatte betreffend der Personalpolitik führen kann. Die Wichtigkeit der Mitarbeiter wird immer wieder als wichtiger Faktor gepriesen und daran sollte sich auch die Stadt Liestal halten. Wenn man gute und qualifizierte Leute rekrutieren möchte und eine gewisse Flexibilität gegenüber dem Kanton hat, so kann auch gute Arbeit geleistet werden, was dann schlussendlich weniger kostet. An der gestrigen FIKO-Sitzung hatte man auch die Bilanz angeschaut, doch das sogenannte Human-Kapital ist darin gar nicht abgebildet. Eine Lohnsenkung analog dem Kanton finde er auch nicht gut, hingegen sollte man fortschrittlich sein und die Autonomie bei der Personalgesetzgebung besser nutzen. Und so wird beispielsweise das Reinigungspersonal wohl kaum den verfassungsmässigen Grundsätzen unterstehen, wie dies vorgängig vom Stadtpräsidenten erwähnt wurde. Auch sind beispielsweise die Kündigungsfristen bei der öffentlich-rechtlichen Anstellung strenger als beim OR. In Zeiten angespannter Finanzsituationen sind Flexibilitäten auch beim Personal gefragt und dabei denkt er nicht unbedingt an Lohnkürzungen, sondern eher an Anreize, die zum Sparen geschaffen werden könnten. Die Stadt Liestal könnte sich durchaus Gedanken betreffend einem flexibleren Lohnklassensystem machen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass er ebenfalls einen Vorstoss zum gleichen Thema einreichen wollte, doch ist ihm Daniel Spinnler mit seiner Interpellation zuvorgekommen. Auch ihm sind mit dem stadrätlichen Entscheid im Zusammenhang mit dem Landratsbeschluss vom 22.10.2015 die Augen geöffnet worden, indem man zur Kenntnis nehmen durfte, dass die Stadt Liestal bezüglich den Anstellungsbedingungen viel flexibler ist, als man bis anhin angenommen hatte. Bei der vom Stadtpräsidenten gemachten Aussage, dass gleiche Arbeit gleich entlohnt werden soll, besteht doch ein fundamentaler Widerspruch, da ja effektiv nur das Amtsalter gleich entlohnt wird, jedoch nicht die gleiche Arbeit. Es wäre ja durchaus prüfenswert, dass man künftig die Leistungen und nicht die Amtsjahre honorieren würde. So ist beispielsweise eine Leistungsreduktion bei tieferem Gehalt beim heutigen Lohnsystem gar nicht möglich. Dem Leistungslohnsystem sollte gegenüber dem heutigen Amtsjahrabgeltungssystem der Vorzug gegeben werden. Diesbezügliche weitere Abklärungen machen durchaus Sinn.

Verena Baumgartner (GL) erklärt, ihre Fraktion begrüsse die jetzige Praxis. Von den Befürwortern des Leistungslohnes möchte sie noch gerne erfahren, wie man denn die Leistungen messen und vergleichen möchte, ohne dass man dabei gleich sehr subjektiv wird. Die Stadt kann und soll sich die Freiheit nehmen können, situativ von Entscheiden und Regelungen des Kantons abweichen zu können.

Patrick Mägli (SP) unterstützt das Votum seiner Vorrednerin und bemerkt, die SP-Fraktion begrüsse es, wenn der Stadtrat den Freiraum und die Flexibilität betreffend möglichen Abweichungen von kantonalen Gegebenheiten und Entscheiden ausnützt. Betreffend der Bemessung von Leistungen habe er ebenfalls Bedenken, und so ist es auch nicht sicher, ob ein Systemwechsel schlussendlich günstiger und besser wäre.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, zumindest eine teilweise Abkoppelung vom kantonalen Lohnsystem mache ja durchaus Sinn und so müsste beispielsweise der automatische Stufenanstieg zumindest einmal überdenkt werden. So hat beispielsweise der Kanton Zürich den automatischen Stufenanstieg bereits abgeschafft. Dort ist es so, dass beim Mitarbeitergespräch anhand der Leistungen der individuelle Anstieg oder gar eine Reduktion beim Lohn festgelegt wird. Die Bemessung von Leistungen ist schwierig, wird aber schon praktiziert.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) würde es noch interessieren, wie der Stadtrat den Ausstieg aus den Basellandschaftlichen Pensionskasse sieht, denn auch in diesem Bereich dürften noch weitere Zusatzkosten folgen.

Marianne Quensel (SP) meint, man habe nun von vielen Vor- und Nachteilen der verschiedenen Lohnsysteme gehört. Und sollte man sich schlussendlich für eine Änderung des heutigen Systems entscheiden, so müsste man sich dafür auch genug Zeit nehmen. Für diese Schritte möchte sie beliebt machen, dass das neue Modell schlussendlich möglichst kurz, klar und auch gerecht sein sollte.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die Diskussion zu diesem Thema und meint, dass beim heute gültigen System wohl genau die Voraussetzungen zutreffen, wie sie von seiner Vorrednerin erwähnt wurden. Es ist wichtig, dass sich Einwohnerrat und Stadtrat in den Grundzügen einig sind und dies trifft bei der diskutierten Personalpolitik sicher zu. Stabile Verhältnisse sind wichtig und er möchte vor unbedachten Veränderungen warnen, zumal er auch keinen Handlungsbedarf sieht, da die Stadt ja beispielsweise schon heute gute und qualifizierte Mitarbeitende rekrutieren und auch anstellen kann. Auch wurden in der heutigen Debatte keine Fehlfunktionen erkannt. Ganz deutlich möchte er aber sagen, dass man bereits heute den automatischen Lohnanstieg nicht kennt, welche unbesehen den Leistungen in einem Automatismus erfolgen. Alljährlich werden mit allen Mitarbeitenden systematische Mitarbeitergespräche geführt, bei welchem auch die Leistungen besprochen werden. Es werden jährliche Leistungsziele definiert und man hat die Möglichkeiten, in der Folge die Löhne anzuhalten oder zu beschleunigen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/208.

325 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Denise Meyer (SVP) - Wiedenhubstrasse

Autobusse, Sattelschlepper, Autos, Velos, teilweise auf Fahrbahn, teilweise auf Trottoir, Fussgänger und Velofahrer (auch Schulkinder) wohin? Frage: Wie lange dauert dieser unzumutbare Zustand an und gibt es keine Alternative?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Situation ist sehr wohl bekannt und diese findet nicht nur auf der Wiedenhubstrasse, sondern auch auf der Fraumattstrasse statt. Dies hat insbesondere mit der Baustelle auf der Rheinstrasse zu tun, welche unter anderem über diese beiden Strassen umfahren wird. An der Wiedenhubstrasse wird zudem ein Bauvorhaben von Privaten realisiert, was die Situation dort nochmals zusätzlich erschwert. Das Stadtbauamt war schon mehrmals vor Ort, doch an der Situation kann nichts geändert werden. Es wurden dort schon zwei Geschwindigkeitskontrollen gemacht, und man darf sagen, dass doch recht anständig und diszipliniert gefahren wird. Während der Weihnachtszeit wird die Baustelle abgeräumt und man darf davon ausgehen, dass diese früher als geplant abgeschlossen werden kann. Nach Abschluss der Bauarbeiten stehen aber doch bessere Veloverbindungen, mehr behindertengerechte Bushaltestellen usw. zur Verfügung.

2. Frage / Hans Rudolf Schafroth (SVP) - Personalwesen

Mit Erstaunen haben wir von der überraschenden Kündigung unseres Leiters Betriebe René Plattner vernommen und dabei stellt sich uns unweigerlich die grosse Frage, was ist denn da wohl passiert?

Stadtpräsident Lukas Ott: Es ist eigentlich nichts Schlimmes passiert, denn es gehört einfach dazu, dass Leute kommen und auch gehen. Wichtig ist aber, dass man ein gutes Verhältnis zu neuen und auch ehemaligen Mitarbeitenden hat. Er darf aber doch mit einer gewissen Befriedigung feststellen, dass die Fluktuationsrate sehr stark reduziert werden konnte und dieses Jahr nur gerade 1 - 2 Kündigungen eingegangen sind. Der Weggang von Herrn Plattner wird bedauert. Da die Arbeitsverträge und auch die Gründe von Kündigungen unter den Schutz der Privatsphäre fallen, kann und darf er dazu auch nicht mehr sagen. Herr Plattner wird sich aber beruflich neu orientieren, was man dem Rat bereits kommuniziert hatte.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Lärmschutz entlang Ein- und Ausfahrt Altmarkt

Die Lärmschutzmassnahmen wurden den Anwohnern im Gebiet Altbrunnenstrasse vor über 10 Jahren zugesprochen, sind jedoch bis heute nicht umgesetzt. Siehe meine Eingabe vom Dezember 2011. Meine Frage: Sind diese Lärmschutzmassnahmen überhaupt noch ein Thema?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Ein- und Ausfahrt gehört zur kantonalen Hochleistungsstrasse A22, wofür wiederum das kantonale Tiefbauamt verantwortlich zeichnet. Vom zuständigen Ingenieur hat man erfahren, dass es ein Lärmsanierungsprojekt aus dem Jahre 2013 gebe, welches aber nicht weiter verfolgt wurde, da die Finanzierung des Gesamtsanierungsprojektes nicht geklärt ist. Als Massnahme war im Bereich der Ein- und Ausfahrt der Einbau eines sogenannten Flüster-Belages vorgesehen. Er wird aber die Frage mitnehmen und beim nächsten Treffen mit dem Kanton thematisieren.

4. Frage / Anna Ott (GL) - Asylheim-Belegung

Ist das Asylheim in Liestal zur Zeit voll belegt und könnte die Stadt Liestal im Falle einer vollen Belegung des Asylheimes zusätzlichen Raum für Flüchtlinge bereitstellen?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Aufnahmequote liegt aktuell bei 0.8 % der Gesamtbevölkerung und mit dieser Quote hatte man erfahrungsgemäss immer genügend Platz im Wohnheim für Asylbewerber. Bei einer Vollbelegung des WAL könnten noch Wohnungen gemietet werden. Bei einer grösseren Flüchtlingswelle und übermässigem Bedarf könnten die Zivilschutzanlagen geöffnet werden.

5. Frage / Anna Ott (GL) - Reklamebeleuchtungen

Nach Paragraph 5 des Reklamereglements der Stadt Liestal sind Reklamebeleuchtungen nachts auszuschalten. Wer überprüft ob diese Regelung eingehalten wird? Wie wird bei Verstössen gegen diese Regelung vorgegangen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Stadt macht keine regelmässigen Kontrollen, um die Umsetzung von § 5 kontrollieren zu können. Bei entsprechenden Hinweisen aus der Bevölkerung geht man aber der Sache nach. So würde kürzlich die Abschaltung einer Reklamebeleuchtung auf einem Baukran veranlasst.

6. Frage / Meret Franke (GL) - Schülertransport

Ab Sommer 2016 müssen Primarschüler von der 3.-6. Klasse von der Frenke ins Rotacker-schulhaus wechseln. Ist etwas geplant für den Transport oder die Begleitung der Kinder? Was wäre eine sinnvolle Lösung, um zu verhindern, dass alle Eltern ihre Kinder mit dem Auto fahren?

Stadtrat Daniel Muri: Er wird die Frage aus rechtlicher, politischer und emotionaler Sicht beantworten. Bei solchen Wechseln gibt es Kinder, die benachteiligt sind, doch gibt es auch solche, die davon profitieren können. Nach einem Jahr mit längeren und kürzeren Schulwegen wird aber für alle betroffenen Schüler ein neues Schulhaus zur Verfügung stehen. Betreffend den Schulwegen für die Kinder wird zum Teil doch auf sehr hohem Niveau gemurmelt. In rechtlicher Sicht ist es so, dass ein Schulweg ins Rotacker zumutbar ist, wenn dieser pro Weg nicht mehr als 2,5 Kilometer lang ist und in 30 Minuten bewältigt werden kann. Im Rotacker steht ein Mittagstisch zur Verfügung, wo sich Kinder mit längeren Schulwegen gegebenenfalls verpflegen könnten. Gemäss Abstimmungsvorlage wird die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Betroffenen besorgt sein, dass die Sicherheit des Schulweges gewährleistet ist. Grundsätzlich sind aber die Eltern für den Schulweg ihrer Kinder verantwortlich. Die Verwaltung ist bereits jetzt mit einigen Stellen im Gespräch, was die Verkehrssicherheit betrifft. So kann man beispielsweise die Schulwege farblich markieren. Bei der Busbenützung durch die Kinder ist die Schule so flexibel, dass den Schülern der Anschluss an den öffentlichen Verkehr ermöglicht wird. Ein gesonderter Bus ist allerdings nicht vorgesehen. Die Schule wird die Eltern ermutigen, ihren Kindern den Schulweg zu Fuss auch zuzutrauen. Aus politischer Sicht kann den Eltern nicht vorgeschrieben werden, wie sie den Schulweg bewältigen. Die Schule kann nur Empfehlungen abgeben und die Schulwegsicherheit mit kommunalen und kantonalen Stellen optimieren. Die Verantwortung bleibt aber bei den Eltern. Liestal ist mit dem öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen und die Kinder gelangen mit dem ÖV problemlos zum Bahnhof, von wo aus man zum Schulhaus Rotacker innert wenigen Minuten gelangt. Und als emotionale Exponente sollten die Eltern doch darauf hingewiesen werden, dass nach der Investition von 11,5 Mio. Franke und einem Jahr Bauzeit ein modernes neues Schulhaus zur Verfügung stehen wird, wovon man ein paar Jahre später nicht mehr viel reden wird.

7. Frage / Bernhard Bonjour (SP) - Passbüro-Ausschilderung

Immer wieder irren Auswärtige, die das Passbüro aufsuchen müssen, durch das Stedtli, weil sie dieses Büro an der Mühlegasse nicht finden. Ist der Stadtrat bereit, vom Kanton zu verlangen, dass der Weg zum Passbüro endlich genügend deutlich ausgeschildert wird, oder ist er bereit, diese Aufgabe in eigener Regie zu übernehmen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Eine Beschilderung in eigener Regie wird sicher nicht passieren. Eine Beschilderung wäre zudem an mehreren Orten und Zufahrtsstrassen nötig und dabei müsste noch das geringe Angebot an Parkplätzen beim Pass- und Patentbüro in der Mühlegasse mitberücksichtigt werden. Eine Beschilderung würde sich in der Folge zudem auch für alle anderen kantonalen Amtsstellen im Stedtli aufdrängen.

8. Frage / Lisette Kaufmann (GL) - Bahnhof, Veloständer zusätzlich

Am Bahnhof ist zur Zeit zwischen dem neuen Kiosk und den Veloständern ein Bereich abgesperrt für Baustellenmaterial. Ist es möglich in diesem Bereich, nach dem Ende der Bauarbeiten weitere Veloständer zu installieren?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die erwähnte Fläche gehört den SBB und wird aktuell von einer Baufirma zugemietet. Der erwähnte Bereich wird nach Abschluss der Bauarbeiten wieder den Passanten zur Verfügung stehen. Der Bedarf an zusätzlichen Veloständern muss nach Abschluss der Bauarbeiten gegebenenfalls noch geprüft werden.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Roman Schmied (SP) verweist auf das Postulat Nr. 2015/214 „Reduktion Streusalz“ und hält fest, dass Kochsalz eigentlich ja eine sehr starke Chemikalie ist, was man sich beim Essen meist gar nicht bewusst wird. Salz greift Beton und auch Stahl an, was uns Korrosionsschäden immer wieder verdeutlichen. Auch vor Lebewesen macht Salz nicht Halt und so reichen 250 Gramm Salz bereits, um einen Menschen töten zu können. Jeden Winter werden zur Steigerung der Verkehrssicherheit Unmengen an Salz gestreut, was unter anderem auch mit sehr hohen Kosten für die Folgeschäden an Infrastrukturen, Autos usw. verbunden ist. Das mit Streusalz die Sicherheit erhöht werden kann, ist gemäss Statistiken auch ein Irrglaube, da man beispielsweise bei einer Schwarzräumung von Strassen automatisch auch wieder schneller fährt, was somit einen verkehrten Anreiz schafft. Mit dem Postulat soll der Stadtrat gebeten werden, Alternativen zum Streusalz zu prüfen bzw. den Einsatz von Streusalz zu reduzieren.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann